

## 1 **Besonnenheit im Entsetzen**

2 Der Kreisparteitag möge beschließen:

3 Mit tiefer Betroffenheit und Erschütterung haben wir die schrecklichen Anschläge vom 11. September 2001  
4 aufgenommen, unser ganzes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Familien und Freunden. Angesichts der  
5 unglaublichen Brutalität dieser Tat ist unserem Kanzler Gerhard Schröder voll zuzustimmen: hierbei hat es  
6 sich wahrlich um einen Angriff auf die gesamte zivilisierte Welt gehandelt. Dies bedeutet für uns keine  
7 Aufteilung unserer Welt in gute und böse, zivilisierte und unzivilisierte Staaten oder Kulturen. Doch  
8 Menschen, die zur Durchsetzung ihrer „Interessen“ auf Gewalt zurückgreifen und den Tod abertausender  
9 unschuldiger Menschen in Kauf nehmen, haben die Grundwerte jeglicher Zivilisation hinter sich gelassen –  
10 egal welcher Nation, welchem Kulturkreis und welcher Religion sie angehören.

11 In der tiefen Trauer über das Schicksal aller Opfer stehen wir an der Seite der Bevölkerung der Vereinigten  
12 Staaten von Amerika. Ebenso teilen wir den Wunsch, dass die Urheber dieses Terrors möglichst bald  
13 gefunden und zur Verantwortung gezogen werden und dass sich solche Ereignisse in der Zukunft niemals  
14 wiederholen können.

15 Bei aller berechtigten Wut auf die Drahtzieher und Angst vor weiteren terroristischen Attacken, mahnen wir  
16 jedoch alle Beteiligten, in dieser schwierigen Situation die nötige Besonnenheit walten zu lassen und mit  
17 „kühler abwägender Vernunft“ (Helmut Schmidt) vorzugehen. Zwar hat es entgegen verbreiteter Be-  
18 fürchtungen in den ersten Tagen nach dem Terror keine sofortigen militärischen Maßnahmen der USA und  
19 ihrer Verbündeten im Sinnen vorschneller Überreaktionen gegeben. Und doch hat schließlich die militärische  
20 Krisenlogik über mahnende diplomatische Stimmen gesiegt. Seit Wochen beschießen britische und US-  
21 Streitkräfte Afghanistan mit Raketen und setzen auch Kampfflugzeuge ein. Über die gelobte Zielgenauigkeit  
22 dieser Angriffe kann sich die Weltöffentlichkeit mangels unabhängiger Informationen kein detailliertes Bild  
23 machen, doch steht schon jetzt fest, dass es einen „sauberen Krieg“ ohne zivile Opfer auch mit modernster  
24 Technik nicht geben kann. Fakt sind außerdem zunehmende Flüchtlingsströme aus Afghanistan in Richtung  
25 Pakistan, einem Land dessen politisches System und Infrastruktur momentan ohnehin bis an die  
26 Belastungsgrenze strapaziert wird. Diese Angriffe bergen die Gefahr in sich, dass sie statt dem erhofften  
27 Mehr an Sicherheit und Entspannung nur eine weitere Polarisierung und ein Hochschrauben der  
28 Gewaltspirale nach sich ziehen. Auch sollte die „zivilisierte Welt“ beachten, dass Grundwerte der Zivilisation,  
29 insbesondere die Achtung vor menschlicher Würde und menschlichem Leben, auch in Zeiten wie diesen ihre  
30 Gültigkeit behalten. Einige der Vorschläge zur Terrorismusbekämpfung erfüllen uns unter diesen  
31 Gesichtspunkten mit tiefer Sorge.

## 32 Innenpolitisch

33 - Der Schutz persönlicher Daten und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind wichtige  
34 Grundpfeiler unserer demokratischen und freien Gesellschaft. Für eine Lockerung von Daten-  
35 schutzgrundsätzen besteht angesichts bereits bestehender Möglichkeiten des Austauschs und  
36 Abgleichs weder Bedarf noch Notwendigkeit. Wichtig ist jedoch, bestehende Möglichkeiten bei der  
37 Zusammenarbeit von (Ermittlungs-) Behörden organisatorisch zu vereinfachen. Außerdem müssen  
38 die Ermittlungsbehörden so ausgestattet werden, dass sie ihre Arbeit auch effektiv erledigen  
39 können.

40 - Die Abschaffung von Kontrollen an innereuropäischen Grenzen Anschlägen ist eine wichtige  
41 Errungenschaft der europäischen Einigung, zu der wir weiterhin stehen wollen. Die von Teilen der  
42

43 Union geforderte Aussetzung des Schengener Abkommens vermag die Vorbereitung und  
44 Durchführung von Terroranschlägen nicht zu verhindern.

45 - Wir begrüßen die Abschaffung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht. Wir wehren uns aber gegen  
46 eine drohende Pauschalverurteilung islamischer Vereine. Die zu schaffenden Kontrollmöglichkeiten  
47 müssen unter Wahrung des Grundrechts auf freie Ausübung der Religion und des Gebots der  
48 Verhältnismäßigkeit ausgeübt werden.

49 - Überlegungen hinsichtlich eines erweiterten Einsatzauftrags der Bundeswehr für Ordnungs- und  
50 Sicherheitsmaßnahmen im Inneren über die bestehenden Aufgaben und die bereits vorhandenen  
51 Möglichkeiten der Amtshilfe hinaus lehnen wir strikt ab. Die Armee darf kein Instrument der  
52 Durchsetzung von Strafgesetzen sein, ihre Aufgabe ist die Landesverteidigung.

53

54 Insgesamt fordern wir, dass sich alle Vorhaben zum Schutz der Inneren Sicherheit in den Grenzen der  
55 Verfassung halten müssen. Weitere Einschränkungen solch elementarer Grundrechte wie Versamm-  
56 lungsfreiheit, Meinungs- und Pressefreiheit. Unverletzlichkeit der Wohnung, Freiheit der Religionsausübung  
57 usw. sind für uns nicht hinnehmbar.

58 Wo die Freiheit aus sicherheitspolitischen Erwägungen beschränkt wird, haben die Feinde der Freiheit  
59 gesiegt.

60

#### 61 außenpolitisch

62 Bei der Bewältigung der immensen physischen und psychischen Schäden können sich Bevölkerung und  
63 Regierung der USA aller in unserer Macht stehenden Unterstützung gewiss sein. Auch befürworten wir  
64 uneingeschränkt alle gleichberechtigte Zusammenarbeit in polizeilicher und nachrichtendienstlicher Hinsicht,  
65 die dazu beiträgt, die Schuldigen ausfindig zu machen und zur Verantwortung zu ziehen sowie weiteren  
66 Schreckenstaten von Terroristen vorzubeugen.

67 Auch die Erfüllung unserer Beistandspflichten gegenüber einem NATO-Partner in Not ist für uns selbst-  
68 verständlich. Massive Bedenken haben wir jedoch gegenüber einem pauschalen Gewalteinsatz gegen  
69 ganze Länder, Regionen oder Ortschaften. Selbst wenn die Beteiligung einer Regierung an der Planung  
70 oder Ausführung von Terrorakten zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, geben wir zu bedenken dass...

71 - pauschale Militärschläge zuerst immer die ungeschützte und unschuldige Zivilbevölkerung treffen.  
72 Ein eventueller Erfolg gegen die wahren Schuldigen darf nicht durch zivile Opfer erkaufte werden.  
73 Insbesondere in Afghanistan hat die jüngste Geschichte gezeigt, dass der „harte Kern“ einer  
74 Organisation immer in relativ geschützte und schwer auffindbare Unterschlüpfen abtauchen kann,  
75 während das Leben der normalen Bevölkerung massiver Bedrohung ausgesetzt ist.

76 - ein solcher Kampfeinsatz extremistischen Terroristen als Begründung für weitere schreckliche  
77 Anschläge dienen kann.

78 - eine langanhaltende Militäraktion ganze Regionen destabilisieren kann und die Gefahr birgt, dass  
79 selbst Staaten, die das Entsetzen und die Wut der Amerikaner und ihrer westlichen Verbündeten  
80 nachvollziehen könnten durch unverhältnismäßigen Gewalteinsatz ihre verständnisvolle Haltung  
81 aufgeben könnten. Eine mögliche Polarisierung in westliche und islamische Welt wäre weltpolitisch  
82 verhängnisvoll und könnte im schlimmsten Fall zu einem Konflikt von ungeahnten Ausmaßen führen.

83 Eine Politik der Abgrenzung und der Aggression halten wir gerade nach den schrecklichen Vorkommnissen  
84 für den falschen Weg. Vielmehr müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren, zu einem neuen

85 Miteinander in der Welt zu finden. Endgültige Sicherheit können wir nie garantieren, doch halten wir ein  
86 Zusammenstehen und eine Zusammenarbeit aller zivilisierten Menschen, egal ob sie der Regierung oder der  
87 Zivilgesellschaft angehören, egal ob sie in einem reichen oder armen Land leben und egal welcher Kultur-  
88 oder Religionsgemeinschaft angehören, für den besten Weg, einem „clash of civilisations“ vorzubeugen.  
89 Dies verlangt ein nachhaltiges Engagement in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit<sup>1</sup>, aber auch der  
90 frühzeitigen Konfliktwahrnehmung und –moderierung. Mittelfristig wird hierzu ein Nachdenken über sinn- und  
91 wirkungsvolle Reformen des internationalen Systems und der zahlreichen in ihm operierenden Bündnisse,  
92 Allianzen und Organisationen notwendig sein. Dieser Weg mag mühselig erscheinen, aber er lohnt sich ihn  
93 zu gehen.

94 Es erscheint uns äußerst unsicher, dass die massiven Luftangriffe auf Afghanistan zu einer konstruktiven  
95 Lösung des Problems des modernen internationalen Terrorismus beitragen können. Wir befürchten vielmehr  
96 eine weitergehende Eskalation der Gewalt.

97 Begleitende humanitäre Maßnahmen wie die Abwürfe von Überlebensrationen können die Leiden der  
98 Zivilbevölkerung nicht nachhaltig lindern.

99 Wir fordern die USA und Großbritannien auf, die Angriffe zur Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen  
100 zunächst auszusetzen und durch Abwägung aller diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einen  
101 Weg zu suchen, die Krise möglichst doch noch ohne weiteres Blutvergießen zu lösen.

102 Zunehmend werden weitergehende Angriffe auf andere Staaten wie z.B. den Irak im Zuge des von den USA  
103 so genannten „Krieg gegen den Terror“ angedacht. Eine solche Ausweitung des militärischen Konflikts muss  
104 unbedingt vermieden werden.

105 Den Einsatz deutscher Truppen in Kampfeinsätzen in diesem Konflikt, der auch bei erweiterter Auslegung  
106 des Nato-Vertrages dann nicht mehr von den Vereinbarungen bezüglich gemeinsamer Verteidigung gedeckt  
107 erscheint, lehnen wir entschieden ab.

108 Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, keine Kampfeinheiten für Operationen im Kriegsgebiet  
109 bereitzustellen.

---

<sup>1</sup> Bereits 1968 beschloss die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) gilt als Zielvorgabe, dass die Industrieländer 0,7 % ihres Jahresbudgets für Entwicklungshilfe aufwenden sollten. Hiervon sind wir noch weit entfernt. Gerade eine Partei, in der Erhard Eppler als Entwicklungsminister und Willy Brandt als Vorsitzender der Kommission für internationale Entwicklungsfragen auf einen Ausgleich zwischen Nord und Süd, arm und reich hingewirkt haben, steht hier in der Pflicht.